

Stand: 16.06.2026 19:03:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12393

"Wortbruch auf Kosten der jungen Generation stoppen - BAföG-Reform jetzt auf Bundesebene durchsetzen und Studierende vor der Armutsfalle bewahren!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12393 vom 16.06.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäumler, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Wortbruch auf Kosten der jungen Generation stoppen – BAföG-Reform jetzt auf Bundesebene durchsetzen und Studierende vor der Armutsfalle bewahren!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihrer Verantwortung für die bayerischen Studierenden gerecht zu werden und sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarte und dringend notwendige BAföG-Reform (BAföG = Bundesausbildungsförderungsgesetz) vertragsgemäß umgesetzt wird. Der angekündigte Rückzug der zuständigen Bundesministerin von den bereits getroffenen Vereinbarungen muss umgehend revidiert werden.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, sich per Bundesratsinitiative und auf politischer Ebene dafür einzusetzen, dass

- die Wohnkostenpauschale für Studierende zum Wintersemester 2026/2027 zwingend von derzeit 380 Euro auf mindestens 440 Euro erhöht wird, um der Realität auf dem Wohnungsmarkt gerecht zu werden,
- die Bedarfssätze schrittweise spürbar angehoben werden, um den massiven Kaufkraftverlust der letzten Jahre auszugleichen,
- die vorgesehenen Maßnahmen zum Bürokratieabbau sowie zur konsequenten Vereinfachung und Digitalisierung der Antragstellung ohne weitere Verzögerung realisiert werden.

Begründung:

Das BAföG ist das zentrale Aufstiegsversprechen des Staates an junge Menschen: Bildung darf in Deutschland nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Doch dieses Versprechen ist akut in Gefahr. Dass die CSU bzw. die zuständige Bundesministerin auf Bundesebene nun von der Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen BAföG-Erneuerung zurücktritt, ist ein beispielloser Wortbruch auf dem Rücken der Studierenden.

Für viele junge Menschen gleicht das Festhalten an den unzureichenden aktuellen Sätzen einer Existenzbedrohung. Das Deutsche Studierendenwerk (DSW) warnt seit Monaten eindringlich vor einer Zunahme der studentischen Armut. Mehr als ein Drittel der Studierenden gilt als armutsgefährdet. Besonders die Wohnkostenpauschale von 380 Euro ist völlig realitätsfern. Das DSW belegt, dass die tatsächlichen Mietkosten für WG-Zimmer oder Wohnheimplätze, gerade in bayerischen Hochschulstädten wie München, Erlangen oder Würzburg, diesen Betrag längst drastisch überschreiten. Wer die

Wohnkostenpauschale nicht anpasst, ignoriert die galoppierenden Mieten und zwingt Studierende in prekäre Wohnverhältnisse oder in den Bildungsverzicht.

Die letzte BAföG-Erhöhung aus dem Jahr 2024 wurde durch die anhaltend hohen Lebenshaltungskosten bereits vollständig aufgeessen. Wenn die nun fest vereinbarte Reform ausbleibt, droht über Jahre hinweg ein weiterer Reallohnverlust bei der Ausbildungsförderung. Das BAföG muss jedoch lebensnah und krisenfest sein.

Die aktuelle Verweigerungshaltung der Union zwingt eine wachsende Zahl von Studierenden dazu, massive Lohnarbeit neben dem Studium aufzunehmen. Aus Erhebungen des DSW geht hervor, dass dies zu einer unzumutbaren Doppelbelastung führt, die Studienzeiten unfreiwillig verlängert, Ausbildungsqualität mindert und die Abbrecherquoten erhöht. In Zeiten eines eklatanten Fachkräftemangels ist es wirtschafts- und gesellschaftspolitisch fatal, gut qualifizierte junge Menschen durch finanzielle Hürden am erfolgreichen Abschluss ihres Studiums zu hindern.

Die Staatsregierung darf sich nicht wegduckern, wenn der Koalitionspartner in Berlin die Zukunftschancen hunderttausender Studierender aufs Spiel setzt. Sie ist in der Pflicht, sich vehement für die Einhaltung des Koalitionsvertrages und für eine existenzsichernde, zeitgemäße Ausbildungsförderung einzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist die sofortige Rückkehr zu den vereinbarten Reformschritten unabdingbar.